

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15

Inhalt

Die SPD trauert um Heinz Werner Meyer. Leben und Werk des DGB-Vorsitzenden würdigt der Vorsitzende der AfA, Rudolf Dreßler MdB.

Seite 1

Reformen oder Leistungsabbau? Fragen nach der Zukunft des Sozialstaates, stellt der NRW-Sozialminister Franz Müntefering.

Seite 2

Eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft fordert die SPD in ihrem "Memorandum zur Innovationspolitik in Deutschland". Erläuterungen dazu vom SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping und Peter Glotz MdB.

Seite 3

49. Jahrgang / 89

10. Mai 1994

Ein Mann des Konsenses

Zum Tod des DGB-Vorsitzenden Heinz Werner Meyer

Von Rudolf Dreßler MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Sozialdemokraten trauern um einen guten Freund und Weggefährten. Heinz Werner Meyer wird uns fehlen, er wird vor allem dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Einzelgewerkschaften mit seinem Willen zum Konsens, mit seinem Beharrungsvermögen, aber auch mit seinem Streben nach Reform fehlen.

Heinz Werner Meyer war ein Gewerkschafter in der guten Tradition vieler herausragender Arbeitnehmervertreter seit Gründung unserer Republik. Zusammen mit vielen anderen Frauen und Männern in den Gewerkschaften des DGB wie auch im DGB selber hat er sich in den Dienst der Aufgabe gestellt, den Sozialstaat zu entwickeln, gegen Angriffe zu sichern und unser Land insgesamt zu einer Heimat für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu machen. Ohne Gewerkschafter wie Heinz Werner Meyer wäre dies nicht möglich gewesen. Wir sind ihm also Dank schuldig und Anerkennung für eine Lebensleistung im Dienst der Arbeitnehmerschaft.

Heinz Werner Meyer hatte ein besonders vertrauensvolles Verhältnis zur Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD. Bitten und Forderungen an die SPD, aber auch Erläuterungen seines Kurses als DGB-Vorsitzender trug er häufig genug über die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen an die SPD heran. So hat er vor wenigen Wochen auf dem Bundeskongreß der AfA in Koblenz die Sozialdemokraten beschworen, das soziale Bündnis mit den Gewerkschaften zu festigen und wo nötig neu zu knüpfen. Er hat dieses Bündnis als Chance verstanden, innere Reform und Öffnung in die Gesellschaft hinein mit gemeinsamen Traditionen zu verbinden.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen versteht dies als Teil seines Vermächtnisses und als Aufgabe.

(-/10. Mai 1994/hgs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 190107, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
mit umweltfreundlicher
Regolung-Papier



Reformen sind gefragt nicht Leistungsabbau
Wie sieht die Zukunft des Sozialstaats aus?

Von Franz Müntefering

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Sozialstaat steht auf dem Prüfstand. Die Diskussion um die 'Zukunft des Sozialstaates' wird im wesentlichen durch die demographische Entwicklung, die ökonomischen Rahmenbedingungen, aber auch die Veränderung von individuellen Lebenslagen mit neuen Wertpräferenzen und Einstellungsmustern geprägt.

Von einer 'Krise des Sozialstaates' ist zunehmend angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und einer zum Teil extrem hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte die Rede. Nicht selten werden diese Entwicklungen zum Vorwand genommen, um Forderungen nach einem radikalen Umbau des Sozialstaates mit Forderungen nach massiven Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen zu verbinden.

Richtig ist: die Kraft zur Anpassung an sich verändernde Lebenswirklichkeiten ist auch für den Sozialstaat das wichtigste Fundament dauerhafter Stabilität. Wer aber unter dem Vorwand notwendiger Reformen den Sozialstaat grundlegend verändern will, verkennet den Beitrag, den der Sozialstaat als Stabilisierungsfaktor für unsere Wirtschaft geleistet hat. Jetzt kommt es darauf an, daß wir uns intensiv und ausgestattet mit dem nötigen Sachverstand über die Kriterien für den zweifellos notwendigen Modernisierungsprozeß verständigen.

In die Diskussion einzubeziehen ist zunächst die Frage nach der qualitativen Weiterentwicklung unserer sozialen Sicherungssysteme.

Auch nach der Einführung der Pflegeversicherung sind eine Reihe von Lebensrisiken, die vor allem ältere Menschen, Langzeitarbeitslose, kinderreiche Familien und hier besonders alleinerziehende treffen, nicht abgesichert. Aber auch die vorhandenen Sicherungssysteme müssen auf Veränderungen wie zum Beispiel die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung reagieren.

Dies gilt auch für die staatlichen, gemeinnützigen und inzwischen vermehrt auch gewerblich angebotenen sozialen Dienstleistungen. Immer mehr Menschen engagieren sich in Selbsthilfegruppen. Viele Menschen sind bereit, ehrenamtlich an der Lösung sozialer Probleme mitzuwirken. Diese Bereitschaft gilt es von seiten der professionellen Anbieter konstruktiv zu nutzen. In diesem Zusammenhang spielen auch Überlegungen eine wichtige Rolle, welche Leistungen zukünftig auf der kommunalen Ebene, der Ebene der Länder, des Bundes und der Europäischen Union zu erbringen beziehungsweise gesetzlich zu regeln sind.

Entscheidend für die zukünftige Entwicklung des Sozialstaates wird die Frage sein, wie es uns gelingt, in genügendem Ausmaß neue produktive Arbeitsplätze zu schaffen. Hier bedarf es innovativer, kreativer und flexibler Lösungen, an denen Gewerkschaften und Arbeitgeber, aber auch der Staat als Initiator und Moderator aktiv mitwirken müssen.

(-/10. Mai 1994/hgs/fr)

Wirtschaft, Staat und Gesellschaft modernisieren
Memorandum zur Innovationspolitik in Deutschland

Von Rudolf Scharping
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und

Peter Glotz MdB
Forschungs- und wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD

Wenn wir Wohlstand und Beschäftigung, Umwelt, Sozialstaat und demokratische Stabilität dauerhaft sichern wollen, brauchen wir eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Dabei müssen wir auf das setzen, was unsere Wirtschaft stark gemacht hat: auf den Erfindergeist unserer Techniker und Ingenieure, auf die hohe Qualifikation und Motivation unserer Facharbeiter, auf die Flexibilität und Risikobereitschaft des Managements und auf die Lernfähigkeit der gesamten Gesellschaft.

Innovationspolitik ist Technologiepolitik mit einem strategischen Ansatz. Forschungspolitik muß berücksichtigen, daß die Ressourcen Umwelt, Energie und Rohstoffe in dramatischer Weise knapper werden. Wir brauchen ein qualitatives Wachstum, das dieser Verknappung eine gemeinsame, auf dem technischen Fortschritt aufbauende Strategie entgegensetzt. Dazu gehören langfristig berechenbare, wirtschaftsverträgliche Rahmenbedingungen, die europaweit abgestimmt werden müssen. Voraussetzung dafür ist die Erarbeitung eines entsprechenden Know-Hows, die Entwicklung von zukunftsweisenden Systemkonzepten, die die schrittweise Realisierung einer umweltverträglichen Kreislaufwirtschaft mit hoher Energie- und Rohstoffproduktivität auf hohem Wohlstandsniveau realistisch erscheinen lassen. Von einer solchen Konzeption ist die amtierende Bundesregierung weit entfernt.

Die deutsche Wirtschaft muß auf Spitzenqualität setzen. Wir brauchen innovative Produkte und neue Produktionsverfahren - und das zu wettbewerbsfähigen Preisen. Deutschland muß an der Spitze des technologischen Fortschritts stehen. "Made in Germany" muß auf den Weltmärkten wieder zum Gütesiegel für Spitzentechnologie und höchste Verarbeitungsqualität werden.

Es wird Zeit für eine Industriepolitik, die neue Märkte erschließt und qualitatives Wachstum ermöglicht. Wir legen heute ein Memorandum zur "Innovationspolitik in Deutschland" vor. Dabei gehen wir von folgenden Überlegungen aus:

Es ist ein schwerer wirtschaftspolitischer Fehler, daß die Bundesregierung die Mittel für Forschung, Entwicklung, Bildung und Wissenschaft zusammenstreicht. Die Regierung Kohl hat den Anteil des Forschungshaushalts am Bundeshaushalt von 2,8 Prozent auf unter zwei Prozent abgesenkt.

Diese Politik hat den Standort Deutschland erheblich geschwächt. Wer bei Zukunftsinvestitionen kürzt, beschädigt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Eine Verringerung der Investitionen steht im krassen Gegensatz zu den ökonomischen Erfordernissen. Diese Fehlentwicklung muß dringend korrigiert werden.

Wir fordern, daß die Mittel für Forschung, Entwicklung, Bildung und Wissenschaft kräftig aufgestockt werden. Geld allein reicht nicht aus, um neue Technologien voranzubringen. Notwendig ist auch ein innovationsfreundliches Klima in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

Unsere Regierungsarbeit wird von der Überzeugung ausgehen, daß wir das Problem, Wohlstand und Arbeitsplätze bei knapper werdenden Ressourcen zu sichern, nur mit Hilfe des technischen Fortschritts lösen können. Deshalb müssen wir die notorische Zweitrangigkeit von Forschung und Bildung des letzten Jahrzehnts beenden.

Wir brauchen eine marktwirtschaftliche Industriepolitik, die an klaren Zielen orientiert ist. Ziel dieser marktwirtschaftlichen Industriepolitik ist eine engere Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat. Um im internationalen Technologiewettbewerb wieder an die Spitze zu kommen, ist folgendes dringend erforderlich:

- Wir wollen neue Technologien mit besonderer struktureller Wirkung und einem hohen Entwicklungspotential in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Wirtschaft in einem ständigen Prozeß zu identifizieren suchen und ihnen in der Förderung Priorität geben.
- Verbundprojekte mit klarer Zielsatzung, in denen Institute, Hersteller und Anwender zusammenarbeiten und indirekt spezifische, zeitlich befristete, unbürokratische Fördermaßnahmen (für kleine und mittlere Unternehmen) sollen wieder stärkeres Gewicht erhalten.
- Um die Umsetzung von Forschungsergebnissen in innovative Produkte zu beschleunigen, soll der Wirtschaft in den anwendungsorientierten Großforschungseinrichtungen (wie in der Fraunhofer-Gesellschaft) mehr Einfluß auf die Prioritätensetzung eingeräumt werden.
- Die Industrieforschung in den neuen Ländern soll eine höhere Priorität erhalten. Damit muß der Grundstein für den Wiederaufbau der Industrie und die Entwicklung eines selbständigen industriellen Mittelstandes gelegt werden.
- Forschungsförderung, Patentpolitik, nationale und europäische Normensetzung und innovative öffentliche Beschaffung sollen stärker miteinander verzahnt werden.

In einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung werden sich Wirtschafts- und Forschungspolitik nicht, wie heute, gegenseitig behindern, sie werden sich ergänzen und eng koordinieren.

Die SPD begrüßt ausdrücklich die Absicht der Wissenschaftsorganisationen und Verbände, im Rahmen der "Tage der Forschung" auf die Bedeutung und Situation der Forschung hinzuweisen und in der Öffentlichkeit um Verständnis und Unterstützung für die Forschung zu werben. Sie sieht hier den Ausdruck von Zukunftsverantwortung und Engagement der Wissenschaftsorganisationen, Hochschulen und Verbände.

Nachdem der vom Bundeskanzler wiederholt zugesagte Bildungsgipfel gescheitert ist, und daher auch wichtige forschungspolitische Entscheidungen nicht getroffen wurden, braucht die deutsche Forschung als Ersatz keine Klimapflege, sondern tatkräftige Unterstützung.

Die SPD fordert den Bundeskanzler auf, für die Stärkung von Forschung, Bildung und Wissenschaft folgende Sofortmaßnahmen zu ergreifen:

- Die nachträgliche Kürzung des Forschungshaushalts um 250 Millionen DM muß rückgängig gemacht werden;
- Im Forschungsetat klafft eine Lücke von einer Milliarde DM. In einem Nachtragshaushalt für 1994 müßten zumindest die vom Bundesrat geforderten 375 Millionen DM - besonders zugunsten der neuen Bundesländer - zur Verfügung gestellt werden.
- Die Mittel für den Hochschulbau müssen von 1,68 Milliarden DM auf mindestens 2,0 Milliarden DM für 1995 angehoben werden.

(-/10. Mai 1994/hgs/fr)
